

TOP: 10**Beschlussvorlage**
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-94-2016

Federführendes Amt :Bauamt

17.10.2016

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Bau- und Wirtschaftsausschuss	26.10.2016					
Stadtverordnetenversammlung	03.11.2016					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremen für den Ortsteil Kremen

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremen für den Ortsteil Kremen vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister
 Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....
 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat am 15.10.2015 die Aufstellung der 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen für den Ortsteil Kremmen beschlossen.

Mit der Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 60 "Ziegeleiweg" der Stadt Kremmen geschaffen. Die 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans erfolgt im Parallelverfahren zum Bebauungsplanverfahren.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte durch öffentliche Auslegung des Entwurfs der 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen für den Ortsteil Kremmen in der Zeit vom 25. Juli 2016 bis einschließlich 25. August 2016 im Rathaus der Stadt Kremmen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte im Schreiben vom 26. Juli mit Fristablauf zum 29. August 2016.

Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die Ergebnisse der Auswertung der im Rahmen der Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen werden in der Feststellungsfassung zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen für den Ortsteil Kremmen gemäß der Anlage berücksichtigt.

Anlage

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Abwägungsvorlage).

gez. Susanne Tamms
Bau- und Ordnungsamtsleiterin

.....

.....

Anlage

Flächennutzungsplan der Stadt Kremmen, 13. Änderung

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 26. Juli mit Frist bis zum 29.08.2016

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat am 15. Oktober 2015 den Vorentwurf zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplanes der Stadt Kremmen für den Ortsteil Kremmen im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 60 „Ziegeleiweg“ beschlossen. Zeitgleich wurde der Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 60 "Ziegeleiweg" der Stadt Kremmen gebilligt.

Der Vorentwurf zum geänderten Flächennutzungsplan sowie der Vorentwurf des Bebauungsplans wurde in der Zeit vom 4. November 2015 bis einschließlich 4. Dezember 2015 öffentlich ausgelegt. Während dieser Frist konnte die Öffentlichkeit Einsicht in die Planung nehmen und Anregungen abgeben.

Während der öffentlichen Auslegung sind keine Stellungnahmen mit Anregungen aus der Öffentlichkeit zur Änderung des FNP eingegangen.

Die Hinweise und Anregungen der Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden wurden entsprechend der vorgelegten Abwägungsprotokolle behandelt.

Mit Schreiben vom 26. Juli 2016 wurden im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinde nach § 4 Abs. 2 BauGB 17 Behörden und sonstige Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, an der Bauleitplanung beteiligt. Zudem wurde das Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände sowie 7 Nachbargemeinden beteiligt. Für Stellungnahmen wurde eine Frist bis zum 29. August 2016 gesetzt. Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg bat um Fristverlängerung.

Von den Behörden bzw. sonstigen Trägern öffentlicher Belange, haben 5 Träger eine Stellungnahme auch zum FNP abgegeben. 1 Nachbargemeinde sowie das Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände haben sich zu der Planung geäußert.

Die zum FNP abgegebenen Stellungnahmen werden im Einzelnen aufgeführt. Im Übrigen wird auf die Abwägung zum parallel im Verfahren befindlichen Bebauungsplan Nr. 60 „Ziegeleiweg“ der Stadt Kremmen verwiesen.

Im Ergebnis der Abwägung zum Flächennutzungsplan ergeben sich keine Planänderungen. Die Begründung wird fortgeschrieben.

Im Rahmen der Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung erfolgte die Darlegung über die Anpassung der Planung an die Ziele der Raumordnung auf der Grundlage der möglichen Entwicklungsoptionen der Stadt Kremmen.

Die Beteiligung der Nachbargemeinden erfolgte im Zuge der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB. Die Nachbargemeinden sind im Ergebnis der Beteiligung von der Planung nicht berührt.

Die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB fand in der Zeit vom 25. Juli 2016 bis einschließlich 25. August 2016 im Rathaus der Stadt Kremmen statt. Zur 13. Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Kremmen ergeben sich keine Hinweise aus der Öffentlichkeit.

A Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen

Stellungnahmen der Behörden

Stellungnahme	Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Stellungnahme zum Bauleitplan
100	Landkreis-Behörden		
101	Landkreis Oberhavel,	22.08.2016 22.08.2016	zum Bebauungsplan zum Flächennutzungsplan
102	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	ohne Antwort	
200	Landesbehörden Brandenburg		
201	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	12.10.2016	zum Bebauungsplan zum Flächennutzungsplan
202	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde Oberförsterei Neuendorf	ohne Antwort	
203	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Baudenkmalpflege	ohne Antwort	
204	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege	27.07.2016	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
205	Landesamt für Bauen und Verkehr, Hoppegarten	ohne Antwort	
206	Landesbetrieb Straßenwesen	24.08.2016 24.08.2016	zum Bebauungsplan zum Flächennutzungsplan
207	Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuerung	ohne Antwort	
208	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	ohne Antwort	
209	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Regionalabteilung West	23.08.2016 23.08.2016	zum Bebauungsplan zum Flächennutzungsplan
210	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst	ohne Antwort	
400	Ver- und Entsorgungsbetriebe		
401	Zweckverband Kremmen	ohne Antwort	
402	E.DIS AG, Regionalbereich West Brandenburg	ohne Antwort	
404	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH	ohne Antwort	
405	NBB Netzgesellschaft Berlin-	ohne	

Stellungnahme	Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Stellungnahme zum Bauleitplan
	Brandenburg mbH & Co.KG	Antwort	
406	Oberhavel Verkehrsgesellschaft mbH	ohne Antwort	
407	OWA GmbH - Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH	ohne Antwort	
408	Wasser- und Bodenverband Schnelle Havel	08.08.2016	zum Bebauungsplan
500	Kirchen, Kammern, Vereine und Verbände		
507	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR	25.08.2016	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
600	Nachbargemeinden		
601	Gemeinde Löwenberger Land	ohne Antwort	
602	Stadt Oranienburg	ohne Antwort	
603	Gemeinde Oberkrämer	ohne Antwort	
604	Stadt Nauen	ohne Antwort	
605	Gemeinde Fehrbellin	ohne Antwort	
606	Fontanestadt Neuruppin	03.08.2016	zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan
607	Lindow (Mark)	ohne Antwort	
700	Private		
701	Alten- und Pflegeheim Kremmen	ohne Antwort	

Abwägungsvorschläge zu den vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kremmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
101	Landkreis Oberhavel	22.08.16	Einwendungen zum Bebauungsplan	vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
101	Landkreis Oberhavel	22.08.16	Die Stellungnahme des Landkreises Oberhavel vom 01.12.2015 (Reg.-Nr. I/56/15F1) behält zu den nicht berücksichtigten Sachverhalten weiterhin Gültigkeit, sofern sie nicht durch aktuelle Entwicklungen überholt sind. Zur vorliegenden 13. Änderung des Teilflächennutzungsplanes werden nachfolgende Anmerkungen gemacht. Ich bitte Sie, diese in den Abwägungsprozess einzubeziehen.	
	Bereich Planung		<u>Zum Planwerk</u> Zur vorliegenden Planfassung sind keine weiteren Anmerkungen aus Sicht des Bereiches Planung erforderlich.	Kenntnisnahme, keine Planänderungen erforderlich
	UNB		<u>Hinweise</u> Der Entwurf des Teil-Flächennutzungsplanes (Teil-FNP) beinhaltet Abweichungen zu übergeordneten Fachplanungen. So weist bspw. das Landschaftsprogramm Brandenburg für den Änderungsbereich den Erhalt und die Entwicklung einer natur- und ressourcenschonenden landwirtschaftlichen, vorwiegend ackerbaulichen Nutzung aus.	Die Aussagen des Landschaftsprogramms Brandenburg zum Erhalt und zur Entwicklung einer natur- und ressourcenschonenden landwirtschaftlichen, vorwiegend ackerbaulichen Nutzung wurde im Umweltbericht dargelegt. Aufgrund des Darstellungsmaßstabs des Lapro (1:300000) ergeben sich im Hinblick auf Randflächen Unschärfen. Baulich genutzte Flächen grenzen unmittelbar an drei Seiten an das Plangebiet an. Zudem ist ein großer Teil der Fläche bereits nicht mehr ackerbaulich genutzt sondern ebenfalls gärtnerisch geprägt oder als Lagerfläche genutzt, sodass die Zielaussagen des Lapro in diesem Grenzbereich zu relativieren sind. Der LEP BB weist den Flächen keine Funktion im Hinblick auf den Freiraumverbund zu. Die Abweichungen der vorliegenden Planungen

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<p>Schutzgutbezogenes Ziel ist u. a. die Sicherung der Grundwasserneubildung durch Vermeidung von Flächeninanspruchnahmen. Der Sachverhalt ist zu prüfen und der vorliegende Entwurf des Teil-FNP zu überarbeiten.</p>	<p>zum LaPro werden daher als nicht relevant eingestuft. Mit der Versiegelung von Boden ist grundsätzlich eine verminderte Grundwasserneubildungsrate durch erhöhten Direktabfluss verbunden. Das Niederschlagswasser soll weitestmöglich im Plangebiet versickert werden.</p> <p>Die Eingriffsfolgen können durch eine Versickerung des auf den Flächen anfallenden Niederschlagswassers sowie die Verwendung wasserdurchlässiger Schichtaufbauten, Materialien und Verlegearten zur Befestigung von Zufahrten und Wegen vermieden bzw. minimiert werden. Im Rahmen des B-Plan-Verfahrens wurde ein Gutachten zur Versickerungsmöglichkeit im Plangebiet vorgelegt.</p>
201	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	12. Oktober 2016	<p>Die die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung für die o.g. Planungsabsicht haben wir Ihnen in unserer Zielmitteilung vom 02.12.2015 (damals zum Bebauungsplan Nr. 40 "Ziegeleiweg") mitgeteilt. Die Inhalte dieser Stellungnahme haben weiterhin Gültigkeit</p> <p>1. Bebauungsplan: Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung kann auf der Grundlage Ihrer ergänzenden Angaben und Unterlagen festgestellt werden, dass die Planung an die Ziele der Raumordnung angepasst ist. Es werden ca. 2,9 ha der zusätzlichen Entwicklungsoption gemäß Ziel 4.5 Abs. 2 LEP B-B in Anspruch genommen, die maximal mögliche Obergrenze von 3,7 ha für die Stadt Kremmen wird aber nicht überschritten.</p> <p>2. Flächennutzungsplan: Auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung kann die Anpassung an die Ziele der</p>	<p>Kenntnisnahme, auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung ist die Planung an die Ziele der Raumordnung angepasst Die zusätzliche Entwicklungsoption des LEP BB wird nicht überschritten</p> <p>Kenntnisnahme: Auf der Ebene des Flächennutzungsplanes wird die</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<p>Raumordnung derzeit zwar nicht festgestellt werden, da in den verschiedenen Teilflächennutzungsplänen der Stadt Kremmen erhebliche Flächenpotenziale dargestellt sind, die nicht durch "Innenentwicklung" im Sinne des LEP B-B realisiert werden können und die in der Summe in jedem Fall das gemäß Ziel 4.5 Abs. 2 LEP B-B zulässige Maß der zusätzlichen Entwicklungsoption übersteigen.</p> <p>Die Stadt Kremmen beabsichtigt jedoch, ab 2017 einen neuen Flächennutzungsplan (FNP) für das gesamte Gemeindegebiet aufzustellen, was wir sehr begrüßen. Dazu soll am 03.11.2016 ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden. Hier kann ggf. eine Anpassung an die Ziele der Raumordnung erreicht werden, indem die Darstellungen zusätzlicher Wohnsiedlungsflächen (insbesondere die erheblichen Potenziale von mindestens 20 ha in den Ortsteilen Kremmen und Staffelde) entsprechend reduziert werden. Im Rahmen der Neuaufstellung des FNP sind die Wohnflächenpotenziale insgesamt hinsichtlich ihrer Anpassung an die Ziele der Raumordnung zu überprüfen.</p> <p>Hinweise</p> <p>Der am 19.07.2016 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligte Entwurf zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) befindet sich zz. im Aufstellungs- und Beteiligungsverfahren, (s. http://gl.berlin-brandenburg.de/landesplanung/landesentwicklungsplaene/artikel,516614.php), Bis zum 15.12.2016 besteht die Möglichkeit, Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Planentwurf abzugeben. Dieser Entwurf kommt bei der Beurteilung der Planungsabsicht jedoch noch nicht zur Anwendung, da für die hier relevanten Regelungsbereiche die Festlegungen des rechtswirksamen LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleiben. Gleichwohl weisen wir darauf hin, dass</p>	<p>Anpassung für den gesamten FNP der Stadt Kremmen mit ihren Ortsteilen derzeit nicht festgestellt. Im Ergebniss der verschiedenen Gespräche mit der Landesplanung wird der FNP der Stadt Kremmen insgesamt angepasst. Dies soll durch Neuaufstellung des FNP ab 2017 erfolgen. Im Rahmen der Neuaufstellung des FNP sind die Wohnflächenpotenziale insgesamt hinsichtlich ihrer Anpassung an die Ziele der Raumordnung zu überprüfen. Vorab wird zur 13. Änderung des FNP die Darstellung einer Wohnbaufläche in Staffelde an der B 273 zurückgenommen. Diese Rücknahme erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans für die gesamte Stadt. Es erfolgt keine Planänderung zur 13. Änderung des FNP.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<ul style="list-style-type: none"> • die Regelung des LEP HR-Entwurfs zur Wohnsiedlungsentwicklung für den örtlichen Bedarf im Rahmen der Eigenentwicklung gegenüber der Regelung im LEP B-B (Innenentwicklung und zusätzliche Entwicklungsoption) modifiziert werden soll. Gemäß Z5.7 LEP HR-Entwurf soll der örtliche Bedarf für die Eigenentwicklung mit einem Umfang von bis zu fünf Prozent des Wohnungsbestandes der Gemeinden bzw. Gemeindeteile (Stand 31. Dezember 2018 bzw. des Jahres vor Inkrafttreten) für einen Zeitraum von zehn Jahren für zusätzliche Wohneinheiten (WE) festgelegt werden. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des LEP HR rechtsverbindliche Bebauungspläne gelten im Hinblick auf die möglichen Wohneinheiten als an Z5.7 angepasst, die darin enthaltenen noch nicht realisierten Wohneinheiten sollen auf den örtlichen Bedarf angerechnet werden, Hierfür sind sowohl diese Nachverdichtungspotenziale als auch die neu geplanten WE durch die Gemeinde zukünftig zu ermitteln und gegenüber der GL mitzuteilen, • die Kulisse des Freiraumverbundes nach der Festlegungskarte zum LEP HR-Entwurf im Gemeindegebiet von Kremmen gegenüber dem LEP B-B verändert ist. Innerhalb des Freiraumverbundes sollen gemäß Z 6.2 LEP HR-Entwurf raumbedeutsame Inanspruchnahmen, die die räumliche Entwicklung oder Funktion des Freiraumverbundes beeinträchtigen, regelmäßig ausgeschlossen sein. Eine Inanspruchnahme des Freiraumverbundes soll nur in Ausnahmefällen nach den Kriterien des Z6.2 LEP HR-Entwurf möglich sein, 	
204	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abt. Bodendenkmalpflege	27.07.16	<p>zu o.g. Planungen haben wir mit Schreiben vom 30.11.2015 Stellung genommen. Hinsichtlich bodendenkmalpflegerischer Belange gibt es seitdem keine neuen Erkenntnisse, die die o.g. Planungen berühren würden. Somit besitzt unsere Stellungnahme vom 30.11.2015 weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p>Hinweis: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Bodendenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.</p>	Kenntnisnahme, die Hinweise aus der Stellungnahmen vom 30.11.2015 wurden in die Begründung aufgenommen. Keine Planänderungen erforderlich
206	Landesbetrieb Straßenwesen	24.08.16	Einwendungen zum Bebauungsplan	vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
206	Landesbetrieb Straßenwesen	24.08.16	Die Prüfung der eingereichten Unterlagen hat ergeben, dass sich das Planungsgebiet in der Ortslage Kremmen befindet. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt über den Ziegeleiweg und der Straße An der Mühle mit Anbindung an die Landesstraße 170. Die Bundesstraße 273 (neu L 170) wurde in den letzten Jahren im Kremmener Bereich ausgebaut. Gegen die Entwicklung der ausgewiesenen Nutzungsartendarstellung für Landwirtschaft sowie für private Grünfläche zu Wohnbauflächen bestehen seitens des Landesbetriebes Straßenwesen Dienststätte Eberswalde keine Einwände. Flächenrelevante Planungsabsichten bestehen unsererseits nicht in diesem Gebiet. Der 13. Änderung des Teil Flächennutzungsplans der Stadt Kremmen wird zugestimmt.	Kenntnisnahme, keine Planänderungen erforderlich
209	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV)	23.08.16	Einwendungen zum Bebauungsplan	vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
209	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV)	23.08.16	die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG §126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Anregungen und Hinweise übergeben.	
	Wasserwirtschaft		Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.	Kenntnisnahmen, keine Planänderungen erforderlich
	Immissionsschutz		Zu o.g. Entwurf bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine Bedenken. Die Planvorhaben der Gemeinden - insbesondere Darstellungen/Festsetzungen - sind oft von immissionsschutzrechtlichem Belang und daher bei der Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Umwelt (LfU) als Genehmigungs-, Vollzugs- und Überwachungsbehörde sowie als beteiligte Behörde gemäß § 4 BauGB für das Plangebiet selbst und dessen Umgebung von Bedeutung.	Kenntnisnahmen, keine Planänderungen erforderlich

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			Wir bitten daher, ein Exemplar des wirksamen Teil- FNP mit der Begründung an o.g. Adresse zu senden.	
408	WBV „Schnelle Havel“	8.08.16	<p>grundsätzliche Einwände unseres Verbandes gegen den Bebauungsplan Nr. 60, „Ziegeleiweg“, bestehen nicht.</p> <p>Das vorliegende Konzept zur Niederschlagswasserentsorgung berührt auch Belange unseres Verbandes.</p> <p>Die Planung sieht vor, anfallendes Niederschlagswasser der öffentlichen Straßen teilweise in den Graben L 093009 einzuleiten.</p> <p>Da zu gab es bereits eine grundsätzliche Abstimmung mit der IBS GmbH (Herrn Krause).</p> <p>Für die benannte Gewässerbenutzung (Niederschlagswassereinleitung) hat der Vorhabenträger eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Oberhavel zu beantragen.</p> <p>Niederschlagswasser der privaten Flächen muss grundsätzlich auf den betroffenen Grundstücken versickert oder genutzt werden.</p>	vgl. Abwägungsvorlage Bebauungsplan
507	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände	25.08.16	<p>Die auf der Fläche befindlichen Bäume im nordöstlichen Planungsbereich sind zu erhalten und in die Planungen zu integrieren. Dies ist laut Unterlagen für einzelne Solitärbäume (Stieleiche, Eschenahorn) vorgesehen. Zur Abschirmung der Bebauung zu den im Westen angrenzenden Obstbestände soll eine 1,5 m starke Hecke gepflanzt werden. Diese Anpflanzung wird begrüßt, sie soll sich aus verschiedenen einheimischen Gehölzen zusammensetzen.</p> <p>Weiterhin sollte das neue Wohngebiet bereits in der Planungsphase durchgrünt werden. Zusätzlich sollte die Pflanzung von Sträuchern in den Planungen festgelegt werden. Bei der Vorgabe der Ersatzpflanzungen werden von uns einheimische Gehölze empfohlen. Die Berücksichtigung des Bienenschutzes bei der Auswahl der Gehölze wird empfohlen.</p> <p>Im artenschutzrechtlichen Beitrag wird auf die Nutzung der Planungsfläche durch Fledermäuse und Vögel hingewiesen. Die beabsichtigte Anbringung von Nist- und Brutkästen, sowohl an den vorhandenen Bäumen, als auch an den künftigen Gebäuden, wird begrüßt.</p> <p>Das Gelände weist geeignete Habitate für Zauneidechsen auf. Daher ist vor dem Beginn von Baumaßnahmen der Geltungsbereich durch einen Fachexperten auf potentielle Vorkommen zu untersuchen und sind ggf. geeignete Vermeidungs-, CEF- bzw. FCS-Maßnahmen</p>	Die Hinweise beziehen sich auf mögliche Festsetzungen im Bebauungsplan. In die Begründung des FNP werden die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen, die im Zuge der Umsetzung des Vorhabens erfolgen, übernommen.

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Datum	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erläuterung Ergebnis/ Beschlussempfehlung
			<p>vorzusehen. Die untere Naturschutzbehörde ist einzubeziehen, ggf. ist eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zu beantragen.</p> <p>Da die vor Ort durchzuführenden Eingriffe nur durch Begründungen nicht auszugleichen ist, wird vom Vorhabensträger eine Umwandlung von Intensivgrünland Feuchtgrünland auf Flurstücken der Flächenagentur des Naturschutzfonds vorgeschlagen. Hierbei muss auch berücksichtigt werden, dass maßgeblich extensiv Frischwiesen durch den Eingriff verlorengehen werden und daher auch dieser Biotoptyp ersetzt werden muss.</p> <p>Im zu ändernden Flächennutzungsplan der Stadt Kremmen sind sämtliche Ausgleichsmaßnahmen planerisch als Bestand festzuschreiben.</p>	
606	Fontanestadt Neuruppin	3.08.16	Sowohl zum Entwurf des o. g. Bebauungsplanes als auch zum Entwurf des zu ändernden Teilflächennutzungsplanes gibt es keine Anregungen oder Hinweise; unmittelbare Auswirkungen der Planung auf die Fontanestadt Neuruppin sind nicht erkennbar.	Kenntnisnahme, keine Planänderungen erforderlich